

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 2 • 73. Jg, JUNI 2022

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

„Wir sind in einem Kampf“

Journalist und
Autor Paul Mason
im Interview

Seite 8



Foto © Oliver Erenyi

Demokratie:

Die Ergebnisse
des *Demokratie
Monitor 2021*

Seite 4

Erinnerungskultur:

Gunskirchen braucht
einen Gedenk- und
Lernort

Seite 7

Parteien:

Mehr innerparteiliche
Demokratie in der
SPÖ Oberösterreich

Seite 12

Einfach da. Seit 130 Jahren.

Das Leben stellt ständig neue Anforderungen an uns alle. Umso wichtiger ist es, einen Partner zu haben, auf den Verlass ist. Seit 130 Jahren sind wir für das Land und seine Menschen da. Und das werden wir auch künftig tun.

Einfach da sein, wo Sie uns brauchen, um Zukunft zu gestalten und möglich zu machen.

Mehr Infos auf
www.energieag.at



130
JAHRE

ENERGIEAG
Oberösterreich
Wir denken an morgen

WIR MACHEN IHR EVENT MÖGLICH

Sie sind auf der Suche nach einem Wohlfühlraum, in dem Ihr Seminar, Ihre Besprechung, Sitzung oder Präsentation stattfinden kann?

Wir im Central Linz bieten Ihnen ideale Bedingungen für Ihr Event.



Das **Central Linz** ist die perfekte Location für Ihr Event. Von der Geburtstagsfeier der besonderen Art bis hin zum Firmenevent. Nutzen Sie unsere 300 m² mit Platz für bis zu 300 Personen als Spielwiese für Ihre Ideen.



 Folgen Sie uns auf Facebook &
 Instagram // @centrallinz

Alle Infos zu den Veranstaltungen &
zur Vermietung unter
www.centrallinz.at

Landstraße 36 | 4020 Linz | office@centrallinz.at | +43 5 7726 1199

Angriff auf die Demokratie

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Der *Bildungskurier* hat sich bereits vor Jahrzehnten die Aufgabe gestellt, jeweils aktuelle politische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Fragen näher zu beleuchten. Damit soll insbesondere sozialdemokratischen Funktionärinnen und Funktionären die Orientierung für die alltägliche politische Arbeit erleichtert werden. Es ist daher naheliegend, dass sich der *Bildungskurier* auch immer wieder mit unterschiedlichen Krisen beschäftigt hat. Wir leben in Zeiten vielfacher Krisen. Das reicht von Covid 19 über den von Russland verursachten Ukraine-Krieg bis hin zur Krise der Demokratie. In dieser Ausgabe des *Bildungskurier* widmen wir uns dieser Krise der Demokratie.

Vor rund 30 Jahren, nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, glaubten im Westen viele, dass die parlamentarische Demokratie – in Kombination mit der freien Markt-

wirtschaft – nicht nur das Siegermodell in der vorhergegangenen Systemkonfrontation war, sondern dass dies auch die einzige Regierungsform der Zukunft sei. Heute wissen wir, das war falsch gedacht. Die globalisierte Marktwirtschaft steckt immer wieder in Schwierigkeiten (Krise 2008/09, Lieferketten usw.). Die Demokratie wird angegriffen und ist in einer weitreichenden Krise. Am historischen Beginn der Sozialdemokratie stand auch der Kampf für demokratische Verhältnisse; daher liegt es auf der Hand, dass sie auch heute entschlossen die Demokratie sichern und ausbauen muss.

Zum Schluss noch ein kurzer Spoiler-Alarm: Die Landesbildungskonferenz am 14. Oktober 2022 im Central wird sich insbesondere mit den Themen Sicherheitspolitik und Neutralität beschäftigen. Das wird danach auch einen entsprechenden Niederschlag im *Bildungskurier* finden.

Inhalt

- 4 Demokratie:** Die Ergebnisse des *Demokratie Monitor 2021* präsentiert Martina Zandonella.

- 6 Genderpolitik:** Wer frauen- und LGBTIQ-feindliche Propaganda in Europa finanziert, weiß Nora Waldhör.

- 7 Erinnerungskultur:** Einen Lern- und Gedenkort für das ehemalige KZ-Außenlager Gunskirchen fordert Sabine Schatz.

- 8 Interview:** Journalist und Autor Paul Mason im Gespräch über sein neues Werk *Faschismus und den Verfall der Demokratie*.

- 10 Rechtsextremismus:** Über einen Cluster rechtsextremer Propaganda-Plattformen in Oberösterreich informiert Kathrin Quatember.

- 11 Asylpolitik:** Dass bei der Behandlung von Flüchtenden mit zweierlei Maß gemessen wird, kritisiert Mario Pilgerstorfer.

- 12 Parteien:** Über die Pläne der SPÖ Oberösterreich für mehr innerparteiliche Demokratie berichtet Klaus Baumgartner.



4



7



8



12

Foto © Oliver Erenyi



PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
www.pefc.at

gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werbing GmbH, UW-Nr. 844



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/53401-2678-0009

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at
Redaktion: Bernd Dobsberger, Katharina Gruber, Georg Hubmann, Manuel Kreuzer, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser, Laura Wiednig
Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch
Hersteller: Gutenberg-Werbing Ges.m.b.H.
Nr. 02/22, Juni, SPÖ OÖ-Info-Nr. 2/2022, GZ 02Z032837 M,
P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Demokratie unter Druck

Der *Demokratie Monitor 2021*: Bestandsaufnahme mit Blick auf die Bevölkerung.

MARTINA ZANDONELLA

Einschneidende demokratiepolitische Ereignisse der letzten Jahre, wie die Ibiza- und Inseraten-Affäre oder die Pandemie, haben politische Selbstverständnisse erschüttert. Wie widerstandsfähig Demokratien in solchen Zeiten sind, ist von mehreren Faktoren abhängig: Regelwerke wie unsere Verfassung legen dabei nicht nur den Rahmen für die Ausgestaltung demokratischer Institutionen und Prozesse fest. Sie geben auch mehr oder weniger detailliert vor, wie im Krisenfall zu verfahren ist. Politischen Parteien kommt wiederum eine zentrale Funktion als Torwächterinnen zu: Es liegt in ihrer Hand, ob demokratiefeindliche Politiker:innen an wählbare Stelle und schließlich in Machtpositionen gelangen.

Der Demokratie Monitor

Auf Seiten der Bürger:innen gewährleisten weit verbreitete demokratische Haltungen und eine darauf aufbauende aktive Zivilgesellschaft die Widerstandskraft der Demokratie. An eben diesem letzten Punkt setzt der vom Sozialforschungsinstitut SORA ins Leben gerufene *Demokratie Monitor* an: Seit 2018 untersucht er einmal pro Jahr den Zustand unserer Demokratie mit Blick auf die Bevölkerung. Die jeweilige Datengrundlage ist eine repräsentative Bevölkerungsbefragung unter rund 2.000 Menschen ab 16 Jahren. Die Ergebnisse sind eindeutig: Auch in Österreich steht die Demokratie unter Druck.

„Nach zwei Jahren Pandemie und anschließend an die Inseraten-Affäre ist das Vertrauen in das politische System auf den tiefsten Punkt seit Erhebungsbeginn gesunken.“

Nach zwei Jahren Pandemie und anschließend an die Inseraten-Affäre ist das Vertrauen in das politische System auf den tiefsten Punkt seit Erhebungsbe-

ginn gesunken. Im Dezember 2021 waren nur mehr vier von zehn Menschen davon überzeugt, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Gesunken ist das Vertrauen dabei in allen Bevölkerungsgruppen, der Vertrauensverlust fiel im oberen ökonomischen Drittel und in der Mitte der Gesellschaft jedoch stärker aus als im unteren ökonomischen Drittel: Im Vergleich mit 2018 sank das Systemvertrauen im oberen Drittel von 85 auf 54 Prozent, in der Mitte von 66 auf 42 Prozent und im unteren Drittel von 49 auf 31 Prozent.

Fehlende Repräsentation schädigt Systemvertrauen

Das Vertrauen in das politische System fällt dabei im unteren Drittel über die Zeit hinweg geringer aus und es ist auch weniger von aktuellen Ereignissen abhängig. Grund hierfür ist, dass mit ökonomischer Unsicherheit Erfahrungen von Ungleichwertigkeit und fehlender Repräsentation einhergehen – diese schädigen das Systemvertrauen nachhaltig. So fühlt sich die überwiegende Mehrzahl der Menschen im unteren Drittel von der Politik als Menschen zweiter Klasse behandelt (84 Prozent) und ist davon überzeugt, dass die eigene Stimme nicht zählt (67 Prozent). Dies kann heute auch nicht mehr als subjektiver Eindruck abgetan werden: Für Deutschland ist inzwischen nachgewiesen, dass die Entscheidungen des Bundestags zwischen den 1980er und 2010er Jahren praktisch

DIE AUTORIN:

Martina Zandonella ist Sozialwissenschaftlerin am Wiener SORA-Institut. Sie forscht zu Demokratie und Beteiligung, vor allem im Kontext von Schule, Arbeit und sozialer Ungleichheit.



ausschließlich den politischen Anliegen der oberen Einkommensklassen gefolgt sind – unabhängig von der Zusammensetzung der jeweiligen Regierung.

Pandemie: Ohnmacht und der Wunsch nach einem starken Führer

Im Gegensatz zu den Menschen im unteren Drittel haben die Mitte und das obere Drittel häufig erst im Zuge der Pandemie die Erfahrung gemacht, dass ihre Lebensumstände in der Politik wenig Beachtung finden. Hierbei geht es jedoch nicht um ein für oder gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie, sondern um das Nicht-Gesehen-Werden bei deren

„Noch wird der Vertrauensverlust in das politische System überwiegend konstruktiv verarbeitet, wobei allem voran eine Stärkung unserer Demokratie eingefordert wird.“



Ausgestaltung. Eben diese Erfahrung von politischer Ohnmacht steht in engem Zusammenhang mit dem zuletzt beobachteten Vertrauensverlust in der Mitte und im oberen Drittel der Gesellschaft.

Anders bei jenen knapp zehn Prozent der Bevölkerung, die sich über die Jahre hinweg für einen „starken Führer“ aussprechen. Diese Gruppe verfestigte im Verlauf der Pandemie ihr autoritäres Gedankengut: Konnte 2018 bis 2020 noch rund die Hälfte von ihnen auch der Demokratie etwas abgewinnen, ist es inzwischen nur mehr jede:r Vierte. Dass die Pandemie hier konsolidierend wirkte, zeigt sich an den Themen, die diese Gruppe antreiben: Als ihr dringendstes politisches Anliegen nennen praktisch alle eine Variante von Gegnerschaft zu den Pandemie-Maßnahmen bzw. zur Covid-Impfung.

Vertrauensverlust durch Inseraten-Affäre

Gelitten hat das Vertrauen in das politische System auch unter der Inseraten-Affäre: Anschließend an die veröffentlichten Chat-Protokolle und die Hausdurchsuchungen im Herbst 2021 waren

neun von zehn Menschen davon überzeugt, dass die österreichische Politik ein Korruptionsproblem hat. Dabei wird Korruption nicht nur mit einzelnen Personen oder Parteien verbunden – 41 Prozent der Menschen gehen davon aus, dass sie alle Parteien betrifft. Den Schaden derartiger Entgleisungen politischer Eliten tragen damit nicht nur die direkt Beteiligten, sondern das gesamte politische System.

Mehrheit wünscht sich Stärkung der Demokratie

Noch wird der Vertrauensverlust in das politische System überwiegend konstruktiv verarbeitet, wobei allem voran eine Stärkung unserer Demokratie eingefordert wird: Knapp zwei Drittel der Menschen verlangen mehr Transparenz. Mehr als die Hälfte fordert eine grundlegende Änderung der politischen Kultur von Politiker:innen – mehr Ehrlichkeit, Respekt vor der Justiz und dem politischen Gegenüber sowie weniger Macht- und mehr Unrechtsbewusstsein. Mit der Forderung nach mehr Transparenz sind die Bürger:innen nicht allein. So stuft der aktuelle *Democracy Report* der Uni-

„Knapp zwei Drittel der Menschen verlangen mehr Transparenz. Mehr als die Hälfte fordert eine grundlegende Änderung der politischen Kultur von Politiker:innen.“

versität Göteborg Österreich von einer liberalen Demokratie zu einer elektoralen Demokratie herab. Grund hierfür: fehlende Transparenz.

An einer Stärkung unserer Demokratie führt auch mit Blick auf die Menschen im unteren ökonomischen Drittel kein Weg vorbei – sie werden systematisch von politischer Gleichheit und Mitbestimmung ausgeschlossen. Steuern wir hier nicht gegen, wird in Anbetracht der sich durch die Pandemie und den Krieg gegen die Ukraine verstärkenden ökonomischen Verwerfungen auch die Demokratie in Österreich immer mehr zu einem Privileg der Bessergestellten.

SPARKASSE 
Oberösterreich

#glaubandich



www.sparkasse-ooe.at

Anti-Gender-Bewegungen in Europa

Wer finanziert frauen- und LGBTIQ-feindliche Propaganda in Europa?

NORA WALDHÖR

Polen sorgte durch eines der strengsten Abtreibungsgesetze in der EU für Aufregung; Ungarn machte durch homophobe und transfeindliche Gesetzesänderungen auf sich aufmerksam; die Türkei vollzog den Austritt aus der Istanbul Konvention, dem internationalen Abkommen gegen Gewalt an Frauen und in Österreich warb Anfang des Jahres ein Hotel damit, ein „Anti-Homo-Haus“ zu sein.

Lange Zeit wurden derartige Anti-Gender-Kampagnen und -Initiativen als lokale Ausnahmen eingestuft. Die Berichte des Europäischen Parlamentarischen Forums für sexuelle und reproduktive Rechte (EPF) zeichnen jedoch ein anderes Bild. Sie geben Einblicke in die Welt der Anti-Gender-Bewegungen und zeigen, dass dahinter gut organisierte Netzwerke mit beachtlichen finanziellen Ressourcen stecken.

Die Sicherung der „natürlichen Ordnung“

Anti-Gender-Bewegungen verfolgen das Ziel, sexuelle und reproduktive Rechte von Frauen und Personen der LGBTIQ-Community einzuschränken, um die vermeintliche „natürliche Ordnung“ mit dem Mann als Patriarchen und Familienoberhaupt, von dem Macht und Herrschaft ausgeht, sicherzustellen. Außerdem bedrohen diese Organisationen auch die Rechte von Kindern, etwa wenn es darum geht, ob körperliche Ge-

„Anti-Gender-Bewegungen verfolgen das Ziel, sexuelle und reproduktive Rechte von Frauen und Personen der LGBTIQ-Community einzuschränken.“

walt als legitime Erziehungsform gesetzlich erlaubt werden soll.

Anti-Gender-Bewegungen aufgedeckt

Das EPF hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Bewegungen aufzudecken. So durchleuchtet ein Bericht des EPF aus dem Jahr 2018 beispielsweise das Netzwerk Agenda Europe: In mehr als 15 politischen Initiativen verfolgten die Mitglieder von Agenda Europe das Ziel, Menschenrechte auf Abtreibung, Verhütungsmittel und Scheidung und die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans-, intergeschlechtlichen und queeren Menschen (LGBTIQ) abzubauen.

Ein weiteres Beispiel ist das 2020 bekannt gewordene Netzwerk Tradition, Familie, Privateigentum (TFP), eine transnationale, religiös-extremistische Vereinigung aus Südamerika, die ihre Wurzeln im katholischen Faschismus hat. Dieses Netzwerk ist auch in Europa aktiv und für einige der sichtbarsten Anti-Gender-Ini-

DIE AUTORIN:

Nora Waldhör hat Sozialwirtschaft an der Johannes Kepler Universität Linz studiert und ist Mitarbeiterin am Marie Jahoda – Otto Bauer Institut (www.jbi.or.at).



tiativen in Polen verantwortlich, darunter das Abtreibungsverbot, sogenannte „LGBT-freie Zonen“ oder der Versuch vom Istanbul Abkommen zurückzutreten.

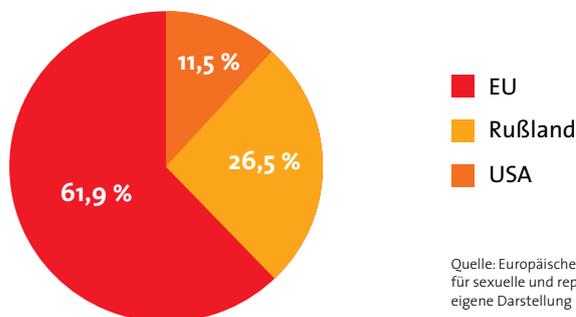
„54 Organisationen investierten in Europa von 2009 bis 2018 mehr als 700 Millionen US-Dollar in Anti-Gender-Kampagnen.“

Über 700 Millionen Dollar für Anti-Gender-Kampagnen

Wenig war bislang über die Finanzierung dieser Kampagnen bekannt, doch der Bericht „Die Spitze des Eisbergs. Religiös-extremistische Geldgeber gegen Menschenrechte auf Sexualität und reproduktive Gesundheit“ des EPF schließt diese Lücke und zeigt auf, aus welchen Ländern wie viel Geld für Anti-Gender-Bewegungen kommt.

54 Organisationen, darunter NGOs, Stiftungen, religiöse Organisationen und politische Parteien, investierten in Europa von 2009 bis 2018 mehr als 700 Millionen US-Dollar (USD) in Anti-Gender-Kampagnen. Das Geld stammt hauptsächlich aus den USA (81,3 Mio. USD), Russland (188,2 Mio. USD) und knapp zwei Drittel aus Europa selbst (437,7 Mio. USD). Allerdings handelt es sich dabei nur um jene Geldflüsse, die transparent und einsehbar sind. Die Dunkelziffer liegt, wie so oft, höher.

Woher kommen die finanziellen Mittel europäischer Anti-Gender Bewegungen zwischen 2009 und 2018?



Damit kein Gras über die Geschichte wächst.

Auf Initiative des Mauthausen Komitees soll am Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Gunskirchen ein Lern- und Gedenkort entstehen.

SABINE SCHATZ

Es hat erst sehr spät begonnen, dass sich Österreich zur Verantwortung an den Verbrechen des Nationalsozialismus bekannt hat. Mittlerweile gibt es bundesweit viele Orte der Auseinandersetzung mit dieser Geschichte. Das verdanken wir vor allem dem Engagement von lokalen Gedenkinitiativen und Überlebenden-Organisationen, die Orte sichtbar machen und sich für eine örtliche Erinnerungskultur einsetzen.

Stummer Zeitzeuge Gunskirchen

Wir sind aber heute in der Erinnerungsarbeit damit konfrontiert, dass nur noch wenige Zeitzeug:innen über ihre Erlebnisse berichten können. Es bedarf daher einer neuen Herangehensweise in der Vermittlung. Stumme Zeitzeugen, wie das die noch bestehenden Gebäude des ehemaligen KZ Gusen sind, leisten dabei einen wichtigen Beitrag.

„Wir sind heute in der Erinnerungsarbeit damit konfrontiert, dass nur noch wenige Zeitzeug:innen über ihre Erlebnisse berichten können.“

Solche stumme Zeitzeugen gibt es auch noch in Gunskirchen. Das Außenlager Gunskirchen wurde in der Zeit von März bis Mai 1945 zu einem entsetzlichen Todeslager, vorwiegend für Jüdinnen und Juden. Ab 10. April 1945 begannen die so genannten Todesmärsche aus den KZ Mauthausen und Gusen nach Gunskirchen. Insgesamt wurden circa 15.000 Häftlinge in dem Lager inhaftiert. „Es besteht kein Zweifel, dass wir zum Sterben hierhergeschickt worden sind“, berichtete die Überlebende Edith Eva

Eger. Die Sterblichkeit der Häftlinge war extrem hoch. 1979 wurde ein Massengrab mit den Überresten von 1.227 Ermordeten exhumiert und in die Gedenkstätte Mauthausen verlegt.

Crowdfunding-Kampagne für einen Lern- und Gedenkort

Auf dem Gelände des ehemaligen Lagers Gunskirchen befindet sich heute ein privater Nutzwald. Bauliche Fundamente von Baracken und Latrinen erinnern dort als stumme Zeitzeugen ebenso wie Textilien oder Schuhteile, Glas oder Blechgeschirr, die die Walderde an die Oberfläche transportiert. Nach wie vor werden auf dem Gelände Massengräber vermutet.

Der Ort muss dringend gesichert und wissenschaftlich aufgearbeitet werden. Am Gelände des ehemaligen Lagers braucht es einen würdigen Gedenk- und Lernort. Bis dato hat die Republik diese Verantwortung aber nicht wahrgenommen. Deshalb hat das Mauthausen Komitee jetzt selbst Initiative gezeigt, einen Teil des Grundstückes erworben und sammelt nun mithilfe einer Crowdfunding-Kampagne Geld, um darauf einen Lern- und Gedenkort zu errichten. Die Republik darf sich aber trotzdem nicht aus der Verantwortung stehlen. Wie in Gusen werden auch in Gunskirchen öf-

DIE AUTORIN:

Sabine Schatz ist SPÖ-Abgeordnete zum Nationalrat und Bereichssprecherin für Erinnerungskultur.



fentliches Engagement und finanzielle Mittel notwendig sein.

77 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus ist mit dem dringend notwendigen Erwerb von Grundstücken und Gebäuden des ehemaligen Konzentrationslagers Gusen und der geplanten Errichtung eines Lern- und Gedenkortes ein wichtiger Meilenstein in der Erinnerungsarbeit passiert. Denn auch 77 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus gilt es, die Geschichte wach zu halten; die Lehren daraus zu ziehen, um unsere Gegenwart und Zukunft so zu gestalten, dass sich Derartiges nicht wiederholt. Damit das „Niemals wieder!“ ein „Niemals wieder!“ bleibt.

Am Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Gunskirchen braucht es einen würdigen Gedenk- und Lernort.



„Wir sind in einem Kampf“

Der britische Journalist und Autor Paul Mason ist seit Jahren international bekannt. Nun hat er mit „*Faschismus: Und wie man ihn stoppt*“ ein neues Buch veröffentlicht. Der *Bildungskurier* hat ihn im Central dazu interviewt. Das Interview führte Bernd Dobesberger.

Bildungskurier: Paul Mason, Sie definieren Faschismus als „Prozess des sozialen Kollapses“. Was ist damit gemeint?

Mason: Wenn wir die Geschichte betrachten, konzentrieren wir uns zu stark auf faschistische Parteien, deren Führer, einzelne Ereignisse. Ein Blick auf den Prozess mit dem Hitler und Mussolini an die Macht kamen, ermöglicht uns, diesen Prozess zu untersuchen: das Zusammenspiel von Ereignissen, Ideologien, Massenpsychologie.

Während uns die akademische Welt zwingt, Faschismus zu definieren, studiere ich lieber den faschistischen Prozess und bestimme jene kritischen Momente, die eine Intervention ermöglichen, um den Faschismus zu stoppen. In den USA war die Wahl von Joe Biden zum Präsidenten ein derartiger Moment. Wenn die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker für den Sturm auf das Kapitol am 6. Jänner 2020 vor Gericht gestellt werden, dann wird das auch ein derartiger Moment sein.

Bildungskurier: Seit der Weltwirtschaftskrise von 2008/09 ist der Neoliberalismus diskreditiert. Die Krise hat zum Aufstieg eines neuen, autoritären Konservatismus geführt. Ist die Globalisierung an ihr Ende gelangt?

Mason: Etwa um 2014 wurde der soziale Druck, den die Austeritätspolitik verursachte, so groß, dass in fast allen Ländern eine Fraktion der Elite entschied, mit den neoliberalen Rezepten weiterzumachen, aber auf einer nationalistischen Basis und nicht mehr auf der globalistischen Basis. Ich nenne das, angelehnt an den sowjetischen Begriff, „Thatcherismus in einem Land“. Sie machen weiter mit Privatisierung, Deregulierung, anti-gewerkschaftlichen

Aktionen, Lohnkürzungen, aber sie rufen die nationale Wirtschaftsrivalität gegen andere kapitalistische Länder aus. Das ist es, was Trump machte. Das führte zum Brexit und das macht Marine Le Pen.

Aber das war nur der Beginn. Globale Handels- und Investitionsflüsse wurden durch Covid 19 neu geordnet. Ein guter Teil der derzeitigen Inflation wird durch das Horten von Waren verursacht bzw. durch das Gerangel bei der Sicherung der Lieferketten.

Der letzte Sargnagel für die Globalisierung war die Deklaration von Putin und Xi Jinping am heurigen 4. Februar. Darin wurde der Konflikt zwischen zwei totalitären ökonomischen Modellen einerseits und andererseits dem westlichen Modell aus relativ demokratischen Marktgesellschaften festgestellt. Sie erklärten das Ende einer regelbasierten Weltordnung. Ohne dem ist Globalisierung, so wie wir sie kennen, unmöglich. Für Europa geht es daher nun darum, die Aufgaben sicherer Energieversorgung, technologischer Souveränität, der strategischen Autonomie in geopolitischen Angelegenheiten und realistischer, gemeinsamer Selbstverteidigung zu beantworten.

Bildungskurier: Sie prognostizieren eine absterbende, ausgehöhlte Demokratie. In einer Ihrer Analysen schreiben Sie vom „Kollaps der Demokratie“. Was meinen Sie damit?

Mason: Der Verfall der Demokratie ist ein bekanntes Phänomen. In Großbritannien haben sie die Unabhängigkeit der Kommission aufgehoben, die die Fairness von Wahlen überwacht; sie haben friedliche Demonstrationen kriminalisiert; sie haben sich das Recht herausgenommen, Flüchtlinge nach Ruanda zu deportieren, entgegen den Regeln der Genfer Konvention. Jeden Tag attackiert die rechte



IM INTERVIEW

Paul Mason

(geb. 1960) ist Autor, Aktivist und vielfach ausgezeichnete Fernsehjournalist. Mason arbeitete lange für die BBC und Channel 4 News und schreibt regelmäßig für den Guardian.

Presse eine andere Institution als „Feinde des Volkes“ – zuerst die Richterinnen und Richter, dann den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dann Menschenrechtsanwältinnen und -anwälte und schlussendlich die Zentralbank.

Dahinter steckt die Tatsache, dass die Demokratie nicht für einen steigenden Lebensstandard oder auch nur für stabile soziale Verhältnisse sorgt. In meiner Heimatstadt Leigh, einer kleinen Kohle- und Baumwollstadt in der Nähe von Manchester, gibt es eine Facebook-Gruppe mit der Bezeichnung „Alte Bilder von Leigh“. Derartige Gruppen gibt es in allen ehemaligen Industriestädten. Und was wird dort diskutiert? „Früher war es besser.“ Die Leute haben heute keine Hoffnungen. Sie sehen im autoritären China ein rasches Ansteigen der Einkommen der Leute. Chinas Städte

schauen modern aus, die kleinen Industriestädte in England schauen wie Geisterstädte aus. Daher fragen sich die Leute, was der Nutzen der Demokratie ist.

„Für mich ist die wichtigste Aufgabe der Linken, wieder eine Botschaft der Hoffnung auszustrahlen.“

Für mich ist die wichtigste Aufgabe der Linken, wieder eine Botschaft der Hoffnung auszustrahlen, mit kleinen, auf die Gemeinschaft abzielenden Aktionen und mit Selbstorganisationen dieser Gemeinschaften.

Bildungskurier: Der „moderne Faschismus“ ist die größte Bedrohung für die Demokratie. Wer sind die politischen Kräfte hinter dem Faschismus?

Mason: Schau nicht auf die klassischen Industrie- oder Finanzmonopole als Hindernisse. Zuerst sind es die Medienunternehmen, die mit der Verbreitung von Hass Profit machen; zweitens die Tech-

nologie-Plattformen, Facebook, Twitter, YouTube, deren Algorithmen den Hass beschleunigen; drittens, im Englischen nennen wir sie Grifters, die kleinen Verbreiterinnen und Verbreiter von Desinformation, die plötzlich zehntausende Follower haben. Ihr Publikum sind zehntausende verwirrte Leute, die sich von der liberalen Moderne verlassen oder desillusioniert fühlen. Und glaubt ja nicht, dass das nur junge, schlecht ausgebildete, arbeitslose Leute wären.

Bildungskurier: Wie können wir den modernen Faschismus aufhalten?

Mason: Erkenne erstens die Ernsthaftigkeit der Bedrohung. Sicherlich sind die extremen Nazi-Gruppen klein, aber ihre Ideen beeinflussen den Diskurs von jungen und entwurzelten Leuten. Dort, wo es zweitens die Gefahr einer Allianz von Konservativen, Rechtspopulistinnen und -populisten und der extremen Rechten gibt, wie beispielsweise am 6. Jänner 2020 in den USA, muss es ein Bündnis des politischen Zentrums mit der Linken geben, um die Rechten von der Macht fernzuhalten. Drittens muss Demokratie zu ihrer Verteidigung wehrhaft sein; faschistische

„Als radikaler Sozialdemokrat will ich die Sozialdemokratie aus ihrem Verwaltungsmodus holen, denn wir sind in einem Kampf.“

Uniformen und Symbole müssen verboten werden; verhetzende Sprache und Anstiftung zur Gewalt müssen verfolgt werden; und der Kampf gegen Desinformation muss in jeder Institution geführt werden. Viertens muss jede und jeder in seinem Leben diese Auseinandersetzungen führen. Schlussendlich: Zeige eine positive Alternative! Als radikaler Sozialdemokrat will ich die Sozialdemokratie aus ihrem Verwaltungsmodus holen, denn wir sind in einem Kampf.

Paul Mason plädierte bei seiner Lesung am 19. Mai im Linzer Central für einen klaren Umgang mit faschistischen Symbolen und das kritische Hinterfragen der neuen Medien.



Foto © Oliver Erenyi

Oberösterreich und die Brandstifter:innen

Über einen Cluster rechtsextremer Propaganda-Plattformen in Oberösterreich

KATHRIN QUATEMBER

Veralterte Vorstellungen und die „Mitte der Gesellschaft“

Der gesellschaftliche, politische aber auch zum Teil mediale Blick auf Rechtsextremismus ist eingeschränkt. Artikel zum Thema werden mit Springerstiefeln oder Nazi-Skinheads bebildert, Rechtsextremismus als Ideologie einiger weniger Personen und Gruppen am äußersten politischen Rand dargestellt.

„Der gesellschaftliche, politische aber auch zum Teil mediale Blick auf Rechtsextremismus ist eingeschränkt.“

Wie Studien des Sozialwissenschaftlers Wilhelm Heitmeyer zeigen, sind Elemente „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ – Rassismus, sozialdarwinistisches Denken und daraus folgende Diskriminierung – schon immer Teil unserer Gesellschaft. Ob Armutsdiskurs oder Migration: Elemente dieses Denkens findet wir in libertären ebenso wie in konservativen und natürlich rechtspopulistischen Kreisen und Parteien und damit in der Mitte unserer Gesellschaft.

Warum diese Reichweiten?

Genau hier haken rechtsextreme Pro-

paganda-Plattformen wie *Wochenblick*, *AUF1*, *Info Direkt* oder *Report24* ein. Sie alle arbeiten von Oberösterreich aus. Sie alle profitieren von Pandemie, Desinformation und Krisen. Sie befeuern die Angst vor dem ökonomischen und damit sozialen Abstieg, bieten vermeintlich einfache Lösungen und schieben die Verantwortung für aktuelle Krisen anderen in die Schuhe: Geflüchteten, Arbeitslosen, Armutsbetroffenen – allen, die nicht ins „abendländisch-christliche“, weiße, männlich-heteronormative und leistungsbezogene Bild passen. In einem wertekonservativen Bundesland wie Oberösterreich mit einer rechtskonservativen Mehrheit im Landtag, in dem eine Regierungspartei wie die FPÖ Verschwörungsmysmen gegen Impfung und Co. verbreiten kann und FPÖ wie ÖVP rassistische Erzählungen bedienen, ist es nicht verwunderlich, dass *Wochenblick* und Co. fruchtbaren Boden vorfinden.

Telegram und die Brandstifter:innen

Rechtsextreme und Verschwörungsideolog:innen kämpfen in jüngster Zeit zunehmend mit dem so genannten *Deplatforming*. Sie werden auf Facebook, Instagram oder YouTube gesperrt und verlieren somit ihre wichtigsten Kanäle. Der Direktnachrichtendienst Telegram ist daher jetzt der *place to be*. *Report24* hat dort fast 40.000 Abonent:innen, der *Wochenblick* knapp 60.000, Elsa Mitt-

DIE AUTORIN:

Kathrin Quatember ist Historikerin und Social-Media-Expertin. Sie recherchiert seit mehr als zehn Jahren zur rechtsextremen und Querdenker:innen-Szene.



mannsgruber – früher *Wochenblick*, jetzt *AUF1* – mehr als 20.000. Hinzu kommt der Kanal der Partei MFG, auf dem ganz selbstverständlich Artikel von *Wochenblick* und *Report24* verbreitet werden.

Was tun?

Ein paar Tipps:

1. Keine Reichweite verschaffen: Verlinkung vermeiden! Kritik an den Plattformen ist wichtig. Möchte man thematisieren, was dort verbreitet wird, kann man das mittels Screenshots machen.
2. Medienkompetenz entwickeln, Recherche lernen: Wenn man sich nicht sicher ist bei einer Quelle, lieber zuerst googlen! Meist reicht es schon, die Quelle in Verbindung mit „Falschnachricht“ einzugeben, um Ergebnisse zu bekommen.
3. Wenn Personen aus dem Umfeld Links der Plattformen verbreiten: Nachfragen! Zum Beispiel so: Woher hast du das? Weißt du, welches Medium das ist? Steht das auch irgendwo anders? So kann man die Personen dazu animieren, die Falschnachrichten zu hinterfragen.

Der Direktnachrichtendienst Telegram ist der wichtigste Kanal für Rechtsextreme und Verschwörungstheoretiker:innen, die von Plattformen wie Facebook, Instagram oder YouTube gesperrt werden (sog. Deplatforming).



Solidarität mit allen Menschen? Fehlanzeige!

Bei Flüchtenden wird mit zweierlei Maß gemessen, anstatt würdige Bedingungen für alle Vertriebenen zu schaffen.

MARIO PILGERSTORFER

Eine Welle der Solidarität erfasste in den letzten Monaten ukrainische Flüchtende. Mit offenen Armen wurden und werden die Vertriebenen empfangen. Unzählige Tonnen Sachspenden wurden von der Zivilbevölkerung zur Verfügung gestellt. Möglichst unkomplizierte staatliche Hilfe, rasche Unterbringung in Kleinquartieren und ein Verständnis in der Bevölkerung für die grauenvolle Situation war sofort vorhanden.

„Gute“ vs. „böse“ Flüchtende

Ganz anders sieht die Situation für syrische, afghanische oder Flüchtende aus anderen Ländern aus. Auch wenn diese ebenfalls vor Krieg, Gewalt und Zerstörung fliehen, erfahren sie Ausgrenzung, Hass und Diskriminierung. Als öffentlich wurde, dass im Europacamp am Attersee der Sozialistischen Jugend (SJ) syrische Flüchtende untergebracht werden, waren schnell Facebook-Kommentare wie „[Der] Sommer wird spannend“, „Dann können sie wieder unsere Frauen überfallen“ oder „Wird wohl nicht lang dauern bis wieder etwas passiert“ zu lesen. Dieses Ausspielen zwischen „guten“ und „bösen“ Flüchtenden wurde ebenfalls in einem Kommentar auf den Punkt gebracht: „Die Friedenstaube [im Profilbild] gilt der Ukraine!“ Solidarität mit allen Menschen? Fehlanzeige!

Auch in der oberösterreichischen Landesregierung zeigt sich dasselbe Bild. Während FPÖ-Landesrat Haimbuchner jetzt die Aufnahme von ukrainischen Flüchtenden fordert, warf er im letzten Wahlkampf noch mit Floskeln wie: „Wir wollen nicht, dass irgendwelche Gestalten bei uns herumlaufen“ umher.

Das Massengrab Mittelmeer

Dahinter steckt ein rassistisches System, das unzählige Menschen mit voller Wucht trifft. An den Außengrenzen der

EU sterben tagtäglich Menschen auf der Flucht. Sei es in den Wäldern von Bosnien, wo Flüchtende seit Jahren ohne Strom, Wasser und medizinischer Versorgung auskommen müssen oder im Mittelmeer, dem größten Massengrab Europas. Seit Jahren verschlechtert sich die Situation für Flüchtende. Währenddessen sorgt die EU weder für humanitäre Hilfe noch Entspannung der Situation. Ganz im Gegenteil: Illegale, gewaltvolle Pushbacks durch die Polizei, Abdrängen von Rettungsbooten oder Versuche der libyschen Küstenwache (finanziert durch die EU), Boote mit Flüchtenden zum Kentern zu bringen, sind vielfach dokumentiert und bewiesen.

Hilfe und Solidarität im Europacamp

Im Europacamp vor Ort zeigt sich zum Glück ein gänzlich anderes Bild. Freiwillige aus der SJ kümmern sich um das Wichtigste und Notwendigste für die Geflohenen, gestalten mit ihnen die Freizeit oder übernehmen Fahrtendienste, Nachbar:innen helfen mit Spenden und ein Miteinander ist für niemanden ein Problem.

Die Unterstützung für ukrainische Flüchtende kann und muss in Zukunft für jede:n Flüchtende:n gelten. Denn alle

DER AUTOR:

Mario Pilgerstorfer ist ausgebildeter Sozialarbeiter und arbeitet derzeit als Landessekretär bei der Sozialistischen Jugend Oberösterreich.



„Alle Menschen, unabhängig von ihrer Hautfarbe, Sprache oder Nationalität haben ein Recht auf ein würdiges Leben in Frieden, Freiheit und Sicherheit!“

Menschen, unabhängig von ihrer Hautfarbe, Sprache oder Nationalität haben ein Recht auf ein würdiges Leben in Frieden, Freiheit und Sicherheit!

Im Europacamp sind alle Flüchtenden willkommen – unabhängig von ihrer Herkunft!



Die SPÖ Oberösterreich verlässt die Hinterzimmer

Die SPÖ Oberösterreich setzt im Zuge ihres Neustarts auf mehr innerparteiliche Demokratie.

KLAUS BAUMGARTNER

Der geschäftsführende Landesparteivorsitzende Michael Lindner hat es bereits angekündigt, nun ist es fixiert: Die Mitglieder der SPÖ Oberösterreich werden über den Vorsitz der Partei entscheiden. Die Landespartei setzt damit im Zuge ihres Neustarts auf mehr innerparteiliche Demokratie und die verstärkte Einbindung ihrer rund 25.000 Mitglieder, die nicht nur wahlberechtigt sind, sondern auch für den Parteivorsitz kandidieren können.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Landespartei haben alle Mitglieder die Chance, den Parteivorsitz direkt zu wählen. Auch über Zukunftsthemen für die inhaltliche Ausrichtung und künftige Positionierung der Partei können die Mitglieder entscheiden. Für den 3. September 2022 ist ein „Superwahlsamstag“ anberaumt; bekannt gegeben wird das Wahlergebnis dann beim Landesparteitag am 1. Oktober 2022. Der Mitgliederentscheid 2022 ist ein erster, großer Schritt zur Modernisierung und Öffnung der oberösterreichischen SPÖ.

Mitglieder zur Kandidatur eingeladen

„Unser Ziel ist es, eine moderne, soziale Mitmachpartei zu werden, denn:

„Unser Ziel ist es, eine moderne, soziale Mitmachpartei zu werden.“

Menschen sind unsere Stärke. Dass jetzt erstmals in unserer Geschichte der oder die Landesparteivorsitzende direkt von den Mitgliedern gewählt wird, ist ein deutlich sichtbarer Schritt in diese Richtung“, so Lindner.

Der geschäftsführende Landesparteivorsitzende, der bereits angekündigt hat, sich dieser Wahl zu stellen, lud auch andere ausdrücklich zu einer Kandidatur ein: „Wir meinen das ernst, denn Demokratie ist nicht nur ein Teil unseres Namens, sondern ein Teil unserer DNA.“ Neben der Parteimitgliedschaft sind 250 Unterstützungserklärungen, das entspricht etwa einem Prozent der Mitglieder, aus mindestens drei Bezirken für eine Kandidatur erforderlich. Deadline dafür ist der 1. Juni 2022.

Aufwertung der Mitgliedschaft

Lindner sieht den Mitgliederentscheid auch als Beitrag zur Aufwertung der Mitgliedschaft in der SPÖ: „Die SPÖ

DER AUTOR:

Klaus Baumgartner ist Leiter der Abteilung Kommunikation der SPÖ Oberösterreich.



gehört den Mitgliedern, wir verstehen sie als Inhaberinnen und Inhaber der Partei. Deshalb sollen sie den Weg und die Ausrichtung unserer Bewegung entscheiden können,“ so der geschäftsführende Landesparteivorsitzende.

Nicht nur die Wahl des Parteivorsitzes wird Teil des Mitgliederentscheides sein. Auch inhaltlich sollen die Mitglieder mitbestimmen können. Abgefragt werden landespolitische Problemfelder und organisatorische Zukunftsfragen. „Es gibt Bedarf zur Nachschärfung unserer Positionen und Programme. Auch hier wollen wir die Mitglieder einbinden, um Eckpunkte und Prioritäten für

Ein Ländervergleich über die unterschiedlichen Formen der direkten Mitbestimmung innerhalb der Sozialdemokratie

	Frankreich	Italien	UK	Oberösterreich
Wer?	Parteimitglieder	Mitglieder + Sympathisant:innen	Parteimitglieder	Parteimitglieder
Was?	Inhaltliche Grundsatzanträge Vorsitzwahl	Vorsitz Listen	Vorsitz Listen	Vorsitz
Wo?	Wahl bei Sektions-Versammlungen	Öffentliche Wahllokale	Briefwahl	Wahllokale Online
Direktwahl	Ja	Ja	Ja	Ja
Direktwahl	5-Sperrklausel	Vorabstimmung unter Parteimitgliedern	Mehrheit der Stimmen	1 Prozent der Mitglieder

„Es gibt Bedarf zur Nachschärfung unserer Positionen und Programme. Auch hier wollen wir die Mitglieder einbinden.“

unsere Arbeit und weitere Diskussionsprozesse festzulegen“, so Lindner. Die Antwort auf die Frage, welchen Schwerpunktthemen sich die SPÖ widmen wird, gibt es ebenfalls beim Landesparteitag am 1. Oktober 2022.

Zahlreiche Gespräche im Vorfeld

Bei der Ausführung des Mitgliederentscheids kann die SPÖ Oberösterreich auf einen breiten Erfahrungsschatz zurückgreifen. Vorab wurden zahlreiche Gespräche geführt, beispielsweise mit der SPÖ Bundesorganisation, der Linzer SPÖ oder auch der Jungen Generation. „Wir waren bei der Vorbereitung des Mitgliederentscheids in engem Austausch mit anderen Organisationen, die bereits Erfahrungen in diesem Bereich gesammelt haben“, so Landesgeschäftsführer Florian Koppler. „Es freut mich, dass wir auf dieses Wissen bei der Vorbereitung des Mitgliederentscheids zugreifen können.“

Superwahlsamstag am 3. September

Der Hauptwahltag ist für den 3. September 2022 anberaumt. An diesem „Superwahlsamstag“ können Parteimitglieder in allen Bezirksbüros und weiteren Wahllokalen in ganz Oberösterreich ihre Stimmen abgeben. Nicht nur das Wählen wird dabei im Vordergrund stehen, auch das Zusammenkommen in den Parteilokalen will die SPÖ Oberösterreich nutzen, um alle Mitglieder in den Neustart einzubinden.

„Eine Premiere in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie ist, dass die gesamte Wahl ausschließlich papierlos, klimafreundlich und digital abgehalten wird.“

Eine weitere Premiere in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie ist, dass die gesamte Wahl ausschließlich papierlos, klimafreundlich und digital abhalten wird. In den Wahllokalen werden dafür Tablets aufgelegt, auf denen die Mitglieder ihre Stimme abgeben können.

INFOS ZUR WAHL

- **Alle Infos:** www.du-entscheidest.at
- **25.000 Mitglieder** dürfen wählen
- **3. September** ist Super-Wahlsamstag
- **Ab 3. September online** – du bekommst einen Link!
- **Von 5. bis 28. September** in deinem **Bezirksbüro**

Die Bekanntgabe des Wahlergebnisses erfolgt am Landesparteitag, der am 1. Oktober 2022 im Design-Center Linz stattfinden wird. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder der SPÖ Oberösterreich, die bis zum 1. August 2022 beigetreten sind und ihren Mitgliedsbeitrag eingezahlt haben. Somit bekommen auch Interessierte, die derzeit noch nicht Mitglied sind, eine Möglichkeit, rechtzeitig beizutreten, um beim Mitgliederentscheid wahlberechtigt zu sein.

Zum ersten Mal in der Geschichte der SPÖ Oberösterreich haben am 3. September 2022 alle Mitglieder die Chance, den Parteivorsitz direkt zu wählen.



Sozialistische Jugend OÖ

Sommersportfest 2022

Beim Sommersportfest der Sozialistischen Jugend wird jedes Jahr Bildungsarbeit und Spaß ideal miteinander verbunden. Bei kurzen Workshops zu verschiedensten inhaltlichen Themen, aber auch kleinen Schulungen zu praktischen Skills lernen junge Menschen wichtiges für den politischen Alltag. Daneben beschäftigen wir uns beim gemeinsamen Arbeiter*innenliedersingen mit der Geschichte und den Arbeits- und Freiheitskämpfen der Arbeiter*innenbewegung.

Neben den inhaltlichen Parts ermöglichen wir jungen Menschen vor allem die Möglichkeit kostengünstigen Urlaub im Europacamp direkt am Attersee zu machen. Dabei reichen die Angebote von Stand Up Paddeln, einer Cocktail-



Bar am See über eine Sommersportfest Olympiade bis zu leiwandigen Partys am Abend.

Wenn Du oder junge Menschen aus Deiner Ortspartei Urlaub mit Bildung verbinden möchten, dann fahrt mit 200 jungen Menschen aus ganz Österreich mit aufs Sommersportfest.

Wann? 22. bis 24. Juli 2022

Wo? Europacamp in Weißenbach am Attersee

Kontakt Daten: office@sj-ooe.at oder 0664/1438409

Renner Institut OÖ

Kommunalakademie 8

Eine sehr lebendige und engagierte Gruppe hat sich zum 8. Durchgang der OÖ Kommunalakademie zusammengefunden. Aus allen Landesteilen kamen Ende April die Teilnehmer*innen zum ersten von sechs Modulen angereist, um sich mit der Kunst der erfolgreichen Kommunalpolitik auseinanderzusetzen. Vom Bürgermeister bis zur Ersatzgemeinderätin arbeiteten die „KommAks“ am Thema Führung und Team – und an dem, was man selbst dazu beiträgt. Die Kommunalakademie gibt den Absolvent*innen methodische und inhaltliche Werkzeuge an die Hand, mit denen Kommunalpolitik Freude bereitet und Erfolg verspricht.



Die Teilnehmer*innen der Kommunalakademie beim ersten Modul des Lehrgangs mit Trainer Siegmund Leitl und LG-Betreuerin Laura Wiednig.

SPÖ OÖ/GVV OÖ

Danke den ausgeschiedenen Bürgermeister*innen

Am Donnerstag, 19. Mai 2022 ehrten die SPÖ Oberösterreich und der Gemeindevertreter*innenverband (GVV) die ausgeschiedenen Bürgermeister*innen in feierlichem Rahmen und dankten ihnen herzlich für ihre äußerst wertvolle Arbeit.

Neben den zahlreichen ehemaligen Bürgermeister*innen konnten auch der gf. SPÖ OÖ Landesparteivorsitzende Michael Lindner, die GVV OÖ Vorsitzende Bgm.in Bettina Lancaster, der 3. Landtagspräsident Peter Binder, der SPÖ Kommunalsprecher LABg. Tobias Höglinger, GVV Österreich GF Martin Giefing und LGF Florian Koppler als Ehrengäste begrüßt werden.

Manager*innen des Alltags

Die Bürgermeister*innen waren bzw. sind tagtäglich im Einsatz für das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Gemeinden. Sie sind Ansprechpartner*innen in vielen essenziellen Dingen des Alltags und sorgen dafür, dass zum einen die strukturelle Versorgung optimal und gerecht läuft sowie zum anderen auch die soziale Komponente des kommunalen Zusammenlebens als wichtiger Wohlfühlfaktor wahrgenommen wird.



Auch Manfred Kalchmair, der viele Jahre bis März 2022 als GVV OÖ Vorsitzender aktiv war, trat bei der Wahl 2021 nicht mehr an. Foto von links: GVV Vorsitzende Bgm.in Bettina Lancaster, Bgm. a.D. Manfred Kalchmair aus Sierning und weitere ausgeschiedene Bürgermeister aus dem Bezirk Steyr-Land: Herbert Plaimer aus Pfarrkirchen b. Bad Hall, Leopold Steindler aus Ternberg und Reinhold Haslinger aus Reichraming sowie gf. Landespartei-vorsitzender Michael Lindner.

Aus diesem Grund gilt ihnen besonderer Dank und Anerkennung.

Im Rahmen eines mehrgängigen Abendessens wurden den nunmehrigen Bürgermeister*innen außer Dienst eine Ehrenurkunde sowie eine edle Flasche Rotwein überreicht.

SPÖ Frauen OÖ

Gedenken und Befreiungsfeier vom KZ Mauthausen

Sie waren Jüdinnen, Widerstandskämpferinnen, politisch Verfolgte, Gewerkschafterinnen, Politikerinnen, Sozialistinnen,... Die von den Nationalsozialisten verschleppten Frauen wurden meist in Konzentrationslagern zur Sexzwangsarbeit genötigt, oder mussten in der Rüstungsindustrie Zwangsarbeiten. Ab 1942 wurden auch Frauen in das KZ Mauthausen gebracht – sie wurden gequält, erniedrigt, ihrer Würde beraubt, brutal ermordet.

Ihnen allen haben wir als SPÖ Frauen gedacht und die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen am 5. Mai 1945 gefeiert. Dass so viele Jugendorganisationen jedes



Foto © Klaus Schöngrubner

Gedenzug der 77. Befreiungsfeier des KZ Mauthausen.

Jahr wieder mitwirken, gibt Hoffnung, dass das „Niemals wieder“ nicht nur eine Floskel bleibt, sondern gemeinsam das Mahnen und Erinnern unter den jungen Menschen auch gelebt wird.

SPÖ Frauen OÖ

Gewaltserie gegen Frauen geht weiter

Die Frauenmordserie geht weiter. Bis zum 15. Mai wurden heuer bereits 11 Frauen in Österreich von Männern ermordet. Und trotzdem: Zu wenig Geld für Frauenberatungsstellen, fehlende Übergangswohnungen und Frauenhäuser und eine unzureichende psychotherapeutische Versorgung – so fiel die Bilanz nach der Sitzung des Unterausschusses Frauen im Oö. Landtag Ende April aus. Mitarbeiterinnen aus der Frauenberatung und vom Bundeskanzleramt waren bei der Sitzung geladen und zeigten auf, was die SPÖ Frauen schon lange einfordern: **Nur mehr finanzielle Mitteln und der Ausbau der Angebote können der Gewalt an Frauen etwas entgegen-**



Foto © Violetta Wakolbinger

Demozug zum int. Frauentag am 8. März.

gensetzen. Wenn der zuständigen Landesrätin Haberlander die Frauenberatung wirklich wichtig ist, muss sie rasch mehr Geld in die Hand nehmen.

BUCHTIPP

Josef Stockinger:

Fräulein Vilma und ihr Josef. Lebenswelten aus zwei Jahrhunderten.

„Fräulein Vilma und ihr Josef“ ist die zweite Veröffentlichung des gebürtigen Steyrers. Stockinger verknüpft darin die Geschichte seiner Eltern mit den Geschichten Steyrs. Um 18 Front-Briefe des Vaters und den Briefwechsel der Eltern, die nach dem Krieg bei Steyr-Daimler-Puch die Zweite Republik aufbauen halfen, ordnet sich das wissenschaftlich fundierte Generationenporträt.

Erschienen ist das Buch in der Edition Arbeitswelt, einer Kooperation zwischen dem Verlag Ennsthaler und dem Verein Museum Arbeitswelt. 224 Seiten. Euro 28,00. Durchgehend bebildert. ISBN 978-3-7095-0152-8.

Mit persönlicher Widmung ist das Buch auch direkt beim Autor erhältlich: Josef.Stockinger@liwest.at



Erratum - Danke an unseren Leser Leopold Pichlbauer aus Schwertberg, der uns auf einen Tippfehler im Artikel „Raum(un)ordnung in Ohlsdorf“ (Bildungskurier März 2022) aufmerksam gemacht hat. Glücklicherweise wurden nicht 180.000 Hektar Wald in Ohlsdorf gerodet, sondern „nur“ 180.000 Quadratmeter, sprich 18 Hektar.

1. bis 3. April 2022, Spital am Pyhrn

Frühlingswerkstatt 2022



Die Frühlingswerkstatt konnte von 1. bis 3. April 2022 wieder in Spital am Pyhrn veranstaltet werden. Dieses Bildungsangebot wurde von über 60 interessierten Menschen aus dem Umkreis der SPÖ Oberösterreich begeistert angenommen. Das diesjährige Schwerpunktthema „Krise. Hoffnung! Veränderung?!“ brachte eine Vielzahl von neuen Impulsen, neuen Sichtweisen und tiefgehenden Hintergrundinformationen. Dass die Frühlingswerkstatt nicht zuletzt auch wegen der erfrischenden Begegnungen und der tragfähigen Netzwerke beliebt ist, zeigte sich auch dieses Mal. Wenn die Krisen auch noch so schwierig und belastend sind, das Diskutieren in Gemeinschaft macht Mut und schafft Zuversicht.

Einen Einblick in das Frühlingswerkstatt-Geschehen bietet unser FrÜWe-Video. Hier der Link: <https://renner-institut.spooe.at/unser-angebot/fruehlingswerkstatt/>

Trotz Corona-Einschränkungen war das Zusammenkommen bei der Frühlingswerkstatt 2022 inhaltlich wie sozial ein höchst erfreuliches Ereignis.

